

SED gibt zu: VEBs sind unrentabel

„Jahr der Initiative“ endet mit einem Hilferuf — Ungesunde Wirtschaft

Die Eingeständnisse, die die SED dieser Tage über die Unrentabilität der „volkseigenen“ Betriebe machte, verdienen, sehr genau beachtet zu werden. Nach insgesamt sieben Wirtschaftskonferenzen in diesem Jahr ist die Staatspartei offenbar zu der Ansicht gelangt, daß ein Verschweigen nichts mehr nützt. Am 12. November gab sie im Partei-Zentralorgan „Neues Deutschland“ zu: „Wir arbeiten mit Verlust und können diesen nicht mehr tragen! Wir haben bisher drumherum geredet, weil jeder sagte, das sei ein heißes Eisen. Nun legen wir die Dinge dar, wie sie sind!“ Und obwohl auch das nicht stimmt, denn die Dinge sind noch schlimmer, als die SED sie zugeben darf, enthüllt sich dem Betrachter ein interessantes Bild.

Wie ist die gegenwärtige Lage? fragt das SED-Zentralorgan. „Eine nicht geringe Anzahl“ volkseigener Betriebe arbeitet mit Verlust. Der Staat muß ihnen monatliche Zuschüsse zahlen, damit sie überhaupt ihre Löhne zahlen können, statt daß sie Gewinn abwerfen. Das kostet Hunderte von Millionen Mark.

Diese Summen fehlen am Wohnungsbau, an Sozialleistungen, an der Modernisierung der Betriebe, am Ausbau des Maschinenparks usw. Sie beeinträchtigen das Realeinkommen der Arbeiter, die gezwungen sind, unrentabel zu arbeiten, weil ihre Werkzeuge unzulänglich und veraltet sind.

Drei Kategorien

Dabei gebe es drei Arten unrentable Betriebe, sagt die SED:

1. Betriebe, die neu errichtet werden, um eine bestimmte bisher nicht übliche Produktion aufzunehmen. Sie arbeiten ohnehin lange Zeit mit Verlust. In der Zone sind es vornehmlich die Betriebe der Rüstungs- und Schwerindustrie.

2. Betriebe der ersten Kategorie, die ihre Anlaufzeit faktisch beendet haben, trotzdem aber mit Verlust arbeiten, weil ihre Produktionsweise nicht

einer natürlichen Entwicklung entspricht. Das sind in der Mehrzahl die Fabriken einer vorschnell aufgebauten Exportindustrie, die durch Materialmangel und unmoderne Ausrüstung nicht konkurrenzfähig bleiben konnten.

3. Betriebe, die bereits einmal rentabel arbeiteten, auf deren Gewinn sich die kommunistische Finanzwirtschaft stützen konnte und die jetzt beständig abwärts gleiten. Sie machen Pankow die meisten Sorgen. Die SED nennt hier: Transformatorwerk Dresden, Zwickauer Maschinenfabrik, Optima Erfurt, Kamera-Werk Niederselzitz, Schuhfabriken, Webereien und zahlreiche andere Betriebe, die einst Weltruf besaßen.

Die alten Ausreden

Die SED kommt hier mit den üblichen Erklärungen. Die Normen seien nicht richtig eingestuft, sie lägen noch immer zu niedrig. Es würden nicht genügend Wettbewerbe durchgeführt, sowjetische Neuerermethoden würden zu wenig angewandt. Es ist der alte Unsinn, mit dem die Partei ständig ihre Unfähigkeit auf die angebliche Rückständigkeit der mitteldeutschen Facharbeiter abwälzen will.

Nur ganz am Rande erwähnt sie Dinge, die Beachtung verdienen. So gibt das „Neue Deutschland“ erstmals zu, daß in den VEBs ein ungesundes Zahlenverhältnis zwischen Arbeitern und Angestellten besteht. Im „VEB 7. Oktober“ (vormals NILES, Berlin-Weißensee, einer der ertragreichsten Berliner Betriebe) sei dies Verhältnis 1 : 2,8!

Man muß sich das einmal überlegen! In anderen Betrieben, die die SED hier wohlweislich anzuführen vergißt, ist das Mißverhältnis noch offensichtlicher.

3 Arbeiter, 1 Aufpasser

Heute ist es in der „volkseigenen“ Industrie oftmals so, daß auf drei Arbeiter ein Aufpasser entfällt. Ein Rattenschwanz agitierender und die Produktion aufhaltender Funktionäre hat sich in jedem Betrieb eingenistet.

Es gibt Hunderte von „Kultur“-, SED-, FDGB-, Kampfgruppen- und sonstigen Funktionären, deren Daseinszweck kein Arbeiter einsehen kann. Dazu kommen die ständigen Fehlplanungen durch die Ministerien.

Ist es früher jemals vorgekommen, daß deutsche Industrieerzeugnisse vom Ausland wegen zu geringer Qualität waggonweise zurückgesandt werden mußten?

Die SED kennt die Fehler ebensogut wie die Arbeiter. Trotzdem versucht sie, diesen die Schuld für das Fiasko zuzuschreiben, um die Normen weiter erhöhen und den schlechten Lebensstandard entschuldigen zu können.

J. B. Gradl:

Liegt etwas in der Luft?

Seit einigen Tagen mehren sich in der westlichen Welt Nachrichten und Kommentare, die Hoffnung auf eine versöhnlichere Haltung des Kremels erkennen lassen. Eigentlich haben die Sowjets gar nichts Besonderes getan, was nach den vielen Enttäuschungen aus vergleichbaren früheren Situationen jetzt zu Zuversicht Anlaß geben könnte. Am Anfang der Woche stand sogar der sowjetische Abschluß eines amerikanischen Militärflugzeuges. Und am Wochenende kam eine neue Note Molotows, die auch nicht gerade ermutigend ist.

Es ist eine interessante Frage, wo die Gründe der westlichen Stimmungsbesserung zu suchen sind. Die plötzliche Haftentlassung Neuraths ist schließlich kein Vorgang von weltpolitischem Gewicht. Die leutselige Haltung der sowjetischen Politiker mit Malenkow an der Spitze bei dem Empfang zum Revolutionsjubiläum am 7. November im Kreml sollte eigentlich als Höflichkeit des Gastgebers eine Selbstverständlichkeit sein.

Leise Hoffnung

Wenn sich in der Meinung der freien Welt trotzdem ein leiser Optimismus hinsichtlich des künftigen Ost-West-Verhältnisses gerührt hat, dann muß er eigentlich andere Gründe haben. Hier gibt es nur Mutmaßungen. Immerhin ist auffallend, daß Präsident Eisenhower sich über den Flugzeugabschluß betont zurückhaltend geäußert hat.

Noch interessanter ist die Tatsache, daß der amerikanische Außenminister Dulles in einer Pressekonferenz am letzten Dienstag eine Erklärung über die Bereitschaft zu Ost-West-Verhandlungen abgegeben hat, die den Sowjets — wenn sie ihre Politik des bloßen Hinhaltens und Zeitgewinns durch eine Politik echter Entspannung würden ausgleichen wollen — den Weg dazu sehr erleichtert.

In Wirklichkeit sind es weniger die sowjetischen als diese

amerikanischen Vorgänge, die das Gefühl aufkommen ließen, daß etwas in der Luft liegt zwischen West und Ost. Ob dabei Eisenhowers Zurückhaltung am letzten Mittwoch und Dulles' Erklärung am Dienstag gewissermaßen eine Antwort auf den nur andeutungsweise bekannten Inhalt der betont freundschaftlichen Unterhaltung Malenkows mit dem US-Botschafter Bohlen vom Sonntag zuvor ist, muß offen bleiben. Die gestrige Note Molotows paßt jedenfalls kaum in ein freundliches Bild.

Nicht abstoppen!

Es gibt Meinungen, daß alles, was die sowjetischen Politiker jetzt sagen oder tun, nur von dem Willen beherrscht ist, die Ratifikation der Pariser Verträge und damit die deutsche Wiederaufrüstung zu verhindern, nicht von dem Willen zu einer Politik wirklicher Entspannung. Das würde heißen, daß die Sowjets sich die Wiederholung des Erfolges ihrer Anti-EVG-Politik erhoffen. Es ist möglich, daß sie so spekulieren, die gestrige sowjetische Note spricht dafür. Wenn dem so ist, dann wäre es erst recht falsch, die Politik der Verträge wieder abzustopfen.

Alle Erfahrungen der Jahre seit 1945 zeigen, daß der Kreml nur durch Tatsachen zu beeinflussen ist. Wäre es anders, dann hätte der Kreml gerade nach der Ablehnung der EVG durch die französische Kammer eine Chance gehabt, in das Vakuum der westlichen Politik mit wirklich neuen und konstruktiven Vorschlägen einzudringen. Er hat es nicht getan. Die neue Note ist auch nicht ermutigend. Diejenigen, die immer noch einmal „letzte Verhandlungen“ vor der Realisierung der Pariser Verträge fordern, sollten wirklich aus dieser Sterilität der sowjetischen Politik in bezug auf die deutsche und die österreichische Frage lernen. Wenn bisher auch nicht die sowjetische Politik, so sind doch die sowjetischen Politiker in Bewegung geraten. Das kann ein Anfang zur Besserung sein — ein Anfang, der allerdings nur durch die entschlossene Politik der neuen Verträge bewirkt ist und gefördert werden kann.

Natürlich führen westliche Verträge und deutsche Wiederaufrüstung allein auch nicht weiter; sie können es nur, wenn sie als Grundlage für eine friedlich-aktive Politik genommen werden. Gerade unter diesem Gesichtspunkt ist die erwähnte Äußerung von Dulles am vergangenen Dienstag so bemerkenswert und erfreulich. Dulles hat erneut eine Viermächtekonferenz vor der Ratifikation der Pariser Verträge abgelehnt, aber ausdrücklich hinzugefügt: das bedeute nicht, daß sich „die USA erst an den Verhandlungstisch setzen, wenn eine bestimmte Anzahl deutscher Divisionen aufgestellt“ worden sei. Diese Erklärung Dulles' wird man richtig folgendermaßen deuten können: Viererkonferenz nicht vor Ratifikation der Verträge bedeutet, daß auf Grund der bisherigen Erfahrungen zunächst den Sowjets die Geschlossenheit und Entschlossenheit des Westens deutlich gemacht werden soll. Viererkonferenz nach der Ratifikation, aber vor Vollendung der Wiederaufrüstung heißt, daß ein Einlenken der sowjetischen Politik nicht an dem Beginn deutscher Wiederaufrüstung zu scheitern braucht.

Geheim oder offen?

Ob unbedingt eine Viererkonferenz das beste Mittel ist, die internationale Politik wirklich vorwärts zu bringen, das ist eine andere Frage. Malenkow soll gegenüber dem US-Botschafter geäußert haben, daß enger diplomatischer Kontakt wünschenswert sei. Wahrscheinlich war diese Bemerkung nur eine belanglose Freundlichkeit. Trotzdem bleibt zu bedenken, daß Gespräche in diplomatischer Verschwiegenheit mehr Möglichkeiten, sich näherzukommen, bieten als offene Konferenzen.

Daß wir Deutschen alle echten Bemühungen um internationale Entspannung begrüßen, ist selbstverständlich. Niemand kann mehr daran interessiert sein als wir, an einer Entspannung allerdings, die nicht auf dem Status der Gegebenheiten, dem Status der Teilung unseres Landes beruhen darf. Denn das wäre in Wirklichkeit keine Entspannung, sondern die Konservierung eines höchst gefährlichen Zustandes.

FDGB-Einladung abgelehnt

Düsseldorf (DPA). Der geschäftsführende Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat es einmütig abgelehnt, der Einladung zu einem Studienaufenthalt in der Sowjetzone zu folgen. Es wurde betont, daß der DGB den kommunistischen FDGB nicht als eine unabhängige und demokratische Gewerkschaft anerkenne. Besonders die Ereignisse vom 17. Juni 1953 hätten bewiesen, daß der FDGB nicht die Interessen der Arbeitnehmer vertrete.

Am Vortage hatte der sowjetzonalen FDGB den DGB-Vorsitzenden Freitag zu einem „Studienaufenthalt in die DDR“ eingeladen.

Bundesetat ist ausgeglichen

Besondere Deckung für Renten der Kriegsoffiziere

Bonn (DPA). Der Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1955 wird mit Einnahmen und Ausgaben von je 27,78 Milliarden DM keinen Fehlbetrag aufweisen. Er enthält aber noch nicht die für 1955 zu erwartenden Mehrausgaben zur Erhöhung der Kriegsoffizierrenten. Dafür soll noch eine besondere Haushaltsdeckung gefunden werden. Der Sozialhaushalt des Bundes hat sich erhöht.

*

Der neue Haushaltsplan 1955-1956, den Schaffer jetzt dem Bundestag vorlegt, ist finanztechnisch solider als der letztjährige. Damals wurde auf Rücklagen der Sozialversicherung und den ERP-Fonds zurückgegriffen, um den Etat formal auszugleichen. Beim neuen Etat brauchten keine „Buchungskunststücke“ angewandt zu werden wie im Vorjahr. Das letzte Finanzjahr war zweifellos für den Bund ein Erfolg. Bei jedem Privaten würde man unter gleichen Umständen feststellen, er sei „reicher“ geworden.

Härte-Ausgleich

Bonn (Eigenbericht/AP/DPA). Das Bundeskabinett hat einen Gesetzentwurf zur Regelung von Ansprüchen aus Lebens- und Rentenversicherungen verabschiedet, das zur Milderung der

Härten beitragen soll, die durch die Spaltung Deutschlands und die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten auf dem Gebiet der privaten Lebens- und Rentenversicherungen entstanden sind.

Bisher galten grundsätzlich alle Ansprüche aus diesen Versicherungen im Bundesgebiet und in Westberlin als erloschen, wenn der Versicherte am 20. Juni 1948 seinen Wohnsitz in einem deutschen Gebiet außerhalb der Bundesrepublik, also besonders in der Sowjetzone, hatte. Dieser Stichtag soll auf den 31. Dezember 1952 verlegt werden. Für anerkannte Vertriebene, Sowjetzonenflüchtlinge und Heimkehrer bleiben die Ansprüche aus Lebens- und Rentenversicherungen auch mit Ablauf des Jahres 1952 erhalten.

Negus beendete Deutschland-Besuch

Hamburg (AP/DPA). Kaiser Haile Selassie von Äthiopien hat die beiden letzten Tage seines Deutschlandaufenthaltes in Hamburg verbracht. Am Sonntagvormittag reiste er mit seinem Gefolge nach Schweden weiter.

Die Bevölkerung Hamburgs bereitete dem Negus einen großartigen Empfang. In Begleitung von Bürgermeister Dr. Sieveking machte er eine Hafens-

Menschenraub vor die UN

Deutsche Liga will Beweismaterial vorlegen

Berlin (DPA). Die Deutsche Liga für Menschenrechte in Berlin hat bekanntgegeben, daß auf der heutigen Sitzung des Präsidiums der Dachorganisation sämtlicher Ligen für Menschenrechte in Paris als wichtigster Tagespunkt die Berliner Menschenraubfälle verhandelt würden.

Von der deutschen Liga sei hierfür umfassendes Beweismaterial zusammengetragen worden. Sie will gleichzeitig den Antrag stellen, das Material durch die Delegierten der internationalen Föderation in der

nächsten Sitzung der Menschenrechts-Kommission der UN vorzulegen.

Ehrendoktor der FU

Berlin (Eigenbericht). Dem amerikanischen Oberkommissar, Botschafter Dr. James B. Conant, wurde im Rahmen einer akademischen Feierstunde die Würde eines Ehrendoktors rer. nat. der Freien Universität verliehen.

Eigentlich heiße es, Eulen nach Athen tragen, wenn eine Universität dem Mann, der bereits 43mal Doktor ist, noch eine weitere Würde verleiht, sagte der Dekan der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät, Prof. Dr. Edwin Fels. Aber gerade dieser Ehrung kommt eine besondere Bedeutung zu, weil sie über die Würdigung des verdienten Wissenschaftlers auf dem Gebiete der Chemie, des bewährten Lehrers, der Persönlichkeit und des Staatsmannes hinaus „ein neues Band zwischen der Alten und der Neuen Welt“ knüpft.

Adenauer

vermittelt Heimkehrer

Bonn (AP). Der Spätheimkehrer Müller, ein Nachbar Bundeskanzler Adenauers in Rhöndorf, hat jetzt nach vielen vergeblichen Versuchen durch die Vermittlung des Bundeskanzlers eine feste Anstellung gefunden. Dies teilte der Verband der Heimkehrer am Dienstag mit. Der Spätheimkehrer war am Neujahrstag 1954 von Dr. Adenauer in seinem Sonderzuge von Friedland aus mit nach Hause genommen worden.

rundfahrt und besichtigte dabei Hafens- und Werftanlagen. Außerdem besuchte er das Krankenhaus Bethesda in Hamburg-Bergedorf.

Dieses modernste Krankenhaus Westdeutschlands soll das Muster für einen Neubau in der äthiopischen Hauptstadt werden. Am Vorabend seiner Abreise stiftete der Monarch einen Betrag von 20 000 DM für deutsche Kriegerwaisen.

Moskaus neue Note läßt kalt

Vergeblicher Störversuch gegen Pariser Verträge

Berlin (AP/DPA). Die erste Reaktion des Westens auf den neuen Vorschlag der Sowjetunion, für den 29. November nach Paris oder Moskau eine Konferenz über Fragen der europäischen Sicherheit einzuberufen, war ausgesprochen kühl. Allgemein sieht man in der Note einen neuen Versuch Moskaus, die Ratifizierung der Pariser Abkommen über die Aufrüstung der Bundesrepublik und ihre Eingliederung in das westliche militärische Bündnisssystem zu vereiteln.

Die Sowjetnote schlägt vor, auf der Konferenz, an der alle europäischen Staaten und die USA sowie Rotchina als Beobachter teilnehmen sollen, ein kollektives Sicherheitssystem zu schaffen, das die westlichen Verteidigungsbündnisse ablösen soll. Eine Verschiebung der vorgeschlagenen Konferenz hält die Sowjetunion nicht für ratsam, da einige europäische Länder bereits im Dezember mit der Ratifizierungsdebatte der Pariser Verträge beginnen werden. Eine Ratifizierung der Pariser Abkommen würde nach Ansicht Moskaus „die europäische Gesamtlage erheblich komplizieren“ und bedeuten, daß „die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen den heutigen Plänen des deutschen Militarismus ... zum Opfer gebracht wird“.

Die allgemeine Ansicht westlicher diplomatischer Kreise ist, daß die Westmächte den Konferenzvorschlag als „Verzögerungsmanöver“ zurückweisen werden. Man hält es auch für praktisch unmöglich, innerhalb von 16 Tagen eine solche Mammutkonferenz vorzubereiten. In Washington wurde mit Erstaunen vermerkt, daß die Sowjetunion in ihrer Note so deutlich ihre Absicht zu erkennen gibt, die Ratifizierung der Pariser

und Londoner Verträge zu verhindern.

Von amtlicher Seite in Rom wurde erklärt, der Westen müsse gegenüber dieser Einladung eine feste Front bilden. Offensichtlich seien die Pariser Beschlüsse wirksamer, als viele Leute geglaubt haben.

Bundeskanzler Dr. Adenauer bezeichnete den sowjetischen

Vorschlag als berechtigten Erfolg der Politik der Westmächte in London und Paris. Er sprach sich grundsätzlich für eine solche Konferenz aus, hielt jedoch den vorgeschlagenen Termin vom 29. November für verfrüht.

Eine solche Konferenz, die ein wirkliches kollektives Sicherheitssystem für Europa schafft, wäre eine ungeheure Erleichterung für die Welt und würde folgerichtig auch zur Wiedervereinigung Deutschlands führen, sagte Adenauer weiter. Ein Erfolg der westeuropäischen Politik in London und Paris sei es ferner, daß die Sowjets nicht mehr wie bisher darauf bestünden, die NATO aus allen Verträgen und die USA von einem europäischen Sicherheitssystem auszuschließen.

Sozialisten für Pariser Verträge

Ratifizierung mit großer Mehrheit gebilligt

Paris (Eigenbericht). Die Ratifizierung der Pariser Verträge durch Frankreich und Großbritannien scheint gesichert zu sein. Am Donnerstag haben sich die sozialistischen Parteien der beiden Länder für die Verwirklichung der Vertragswerke ausgesprochen.

In Paris entschieden sich die Sozialisten auf einem außerordentlichen Parteikongreß mit 2817 gegen 454 Stimmen bei 93 Enthaltungen für die Ratifizierung. Allerdings nahm die Mehrheit eine Bedingung in ihre Entschließung auf, die eine Einengung der Handlungsfreiheit der Regierung Mendès-France voraussehen läßt.

Die französischen Sozialisten fordern, daß sich die Regierung für die rascheste Aufnahme von Viererverhandlungen

nach der Ratifizierung einsetzt. Ob damit die Ratifizierung durch alle Staaten oder durch Frankreich gemeint ist, wurde nicht angegeben. Diese Bedingung entspricht den eigenen Wünschen des Ministerpräsidenten.

London (DPA/AP). Großbritannien wird in der kommenden Woche als erster der Signatarstaaten die Pariser Deutschlandverträge ratifizieren.

Die Zustimmung des Unterhauses ist bereits jetzt sicher, nachdem sich die Fraktion der Labour-Partei am Donnerstag mit 124 gegen 72 Stimmen für eine Ratifizierung ausgesprochen hat. Der Beschluß ist für die Fraktion bindend.

Toledo (Ohio) (DPA). Präsident Eisenhower hat dem Außenpolitischen Ausschuß des US-Senats am Montag die Pariser Verträge über die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik mit der Bitte um Ratifizierung vorgelegt. Der Senatsausschuß soll die Verträge möglichst schnell prüfen, damit diese Anfang nächsten Jahres gebilligt werden können.

Wyschinski besteht auf Veto

New York (AP). Der sowjetische UN-Chefdelegierte, Wyschinski, erklärte vor dem politischen Ausschuß der Vollversammlung, er glaube, daß der Plan Präsident Eisenhowers für die Gründung einer internationalen Behörde für die friedliche Nutzung der Atomenergie für die Sowjetunion annehmbar gestaltet werden könne. Seine Regierung werde aber darauf bestehen, daß die Behörde dem Sicherheitsrat unterstellt werde.

Eine derartige Forderung war von den USA bereits abgelehnt worden.

Hoover besucht Berlin

Berlin (DAP). Der frühere amerikanische Präsident, Herbert Hoover, wird am 25. November zu einem zweitägigen Besuch nach Berlin kommen. Es ist ein Empfang durch den US-Oberkommissar Dr. Conant und durch den Berliner Senat vorgesehen.

Im Winterkurort der roten Prominenz

Saison in Oberhof — Der Staatssicherheitsdienst ist stets dabei

Wenn die Blätter fallen und die ersten Nachfröste die Thüringer Berge hinabkriechen, zieht das große Unbehagen in Oberhof ein. Die Wintersaison beginnt. Der Bürgermeister des kleinen Städtchens inspiziert ängstlich seine Registratur, der Kurdirektor die Sportanlagen und die Fassaden der Hotels. Der Besitzer der Leihbücherei in der Gräfenroder Straße trägt die wenigen Bände André Gide und Upton Sinclair in die hinterste Kellerecke und holt die von Kuba, Becher und Ehrenburg wieder hinauf. Oberhof erwacht aus dem Sommerschlaf.

Es ist nicht leicht, Winterkurort der Sowjetzonenregierung zu sein. Wer da glaubt, die Zeit des Verdienens und der regen Geschäfte für die Einheimischen würde beginnen, irrt sich. Es gibt nichts zu verdienen an der Pankower „Hautevolee“, die im Winter das Gästehaus der Regierung — Ernst-Thälmann-Haus — bevölkert.

Zuerst rückt eine halbe Kompanie des Wachbataillons des Staatssekretariats für Staatssicherheit an. Sie nimmt Quartier im Wirtschaftsgebäude. Ihr Führer hat die Ehre, eine Mansarde im Gästehaus zu beziehen.

Saucen unter Aufsicht

Die Gäste lassen nicht länger auf sich warten. Zuerst kommen die von der zweiten Garnitur: Ein Staatssekretär, mehrere Hauptabteilungsleiter und ein auf Urlaub befindlicher DDR-Botschafter. Dann folgen gewöhnlich einige Minister, die auch noch nicht zu den Prominentesten gehören. Die große, aufregende Zeit fängt im Dezember an, wenn nacheinander das Dreigespann Pieck, Grotewohl, Ulbricht Oberhof „beehrt“. Ihnen folgt ein ganzer Tröb: Persönliche Leibwache, Kellner, Ärzte und — auch das gibt es im Arbeiter- und Bauernstaat — Kammerdiener. Ihre Lebensmittel und Getränke bringen die hohen Herrschaften aus Berlin mit. Mit ihrem Eintreffen ziehen Ruhe und Erholung aus. In der Küche werden ständig zwei SSD-Leute stationiert, die in jeden Topf, in jede Büchse schauen. Unter ihrer Aufsicht werden Gemüse geputzt, Fische entgrätet und Sofen angerührt. Ist eine Speise bereit, muß die Chefköchin sie probieren; nicht auf Geschmack, sondern — auf Ungefährlichkeit. Die zweite Probe macht ein SSD-Mann. Nach zehn Minuten Wartezeit

kann serviert werden. Die Speisen werden an die Kellner ebenfalls von Sicherheitsleuten ausgegeben.

Stundenplan für Minister

Das Personal darf in den Wochen der Anwesenheit der Prominenz das Thälmann-Haus nicht verlassen. Den Ministern und Staatssekretären geht es nicht viel besser; jeder Ausflug oder Spaziergang muß vorher vom SSD-Kommando genehmigt werden, das den Ausflügler dann noch mit mindestens drei Mann begleitet. In den gut eingerichteten Appartements des Thälmann-Hauses gibt es keine Radiogeräte. Lediglich im Kommandantenzimmer des SSD befindet sich ein Apparat, dessen Skalenzeiger nur zwischen Ostberlin und Moskau pendeln darf. Von ihm werden mit Lautsprechern die Gästezimmer bespielt.

Auch sonst dürfen sich die erholungssuchenden Zonengrößten nicht viel Freiheiten herausnehmen. Der Tagesablauf ist genau eingeteilt. Zu bestimmter

Zeit wird geweckt, die Mahlzeiten zu genau festgelegten Zeiten eingehalten, und auch das Schlafengehen darf nicht nach 23 Uhr erfolgen. Sie sind um ihren Urlaub nicht zu beneiden!

Mit Wilhelm Pieck hat das Personal die wenigsten Schwierigkeiten. Er liebt keine Extravaganzen. Sein Leibarzt, der ihn ständig begleitet, schreibt vor, was und wieviel der „Präsident“ essen darf. Seine Urlaubsgelüste konzentrieren sich auf Alkoholika, die er sich mit viel List trotz ständiger Proteste seines Arztes zu verschaffen versteht.

Der sächsische Lenin, Walter Ulbricht, ist im Vergleich zu Pieck bedeutend ungemütlicher und anspruchsvoller. Diese Eigenschaften, gepaart mit ständig lauernder Ängstlichkeit, ergaben schon oft unangenehme Situationen. Als er eines Tages die Suppe serviert erhielt, deren Geschmack und Aussehen ihm neu und ungewöhnlich waren, wurde die Wache alarmiert, die Köchin festgesetzt und Suppe nebst Kochtöpfen mit Sonderkurier zur chemischen Untersuchung geschickt. Das Ergebnis kam postwendend: Es war gewöhnliche Krebsuppe. Seine Frau Lotte, geb. Kühn, die sich über seine Überängstlichkeit lustig machte, mußte einen Wutanfall erleben, der dem Kellner einen Fußtritt und ihr zwei Ohrfeigen einbrachte.

Flugzeugbau in der Zone

Berlin (DPA). Die Sowjetzonen-Regierung beabsichtigt nach Angaben eines geflüchteten Werkfliegers, im kommenden Jahr mit dem Bau von Flugzeugen zu beginnen.

Der ehemalige Werkflieger der früheren Junkers-Werke in Dessau, der nach Westberlin geflüchtet ist, teilt mit, er sei als Mitarbeiter für den Flugzeugspezialisten Prof. Baade verpflichtet worden, der kürzlich aus der Sowjetunion zurückkehrte und von der Pankower Regierung mit den Vorarbeiten zur Aufnahme einer Flugzeugproduktion beauftragt worden sei. Diese Vorarbeiten sollen bereits im Frühjahr abgeschlos-

sen sein. Er fügte hinzu, daß nach seiner Auffassung die Flugzeugproduktion wegen fehlender technischer Voraussetzungen frühestens Ende nächsten Jahres gestartet werden könne.

Häftlinge ausgebrochen

Berlin (AP). Sechs politische Häftlinge sind nach einer Mitteilung des Untersuchungsausschusses freihäftlicher Juristen aus der sowjet. zonalen Haftanstalt Cottbus ausgebrochen. Die Volkspolizei leitete eine Großfahndung ein, zu der auch Einheiten der kasernierten Volkspolizei hinzugezogen wurden.

Kreml auf neuem Kirchenkurs

Aber der Kampf bleibt

Moskau (AP/DPA). Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion hat alle kommunistischen Propagandisten angewiesen, jede Verfolgung und Beleidigung von sowjetischen Gläubigen und Geistlichen einzustellen. Sie sollten sich in Zukunft auf eine „sorgfältige und systematische atheistische Propaganda“ beschränken.

In der von dem ersten Sekretär der KP, Chruschtschew, unterzeichneten Anweisung heißt es weiter, die Parteiorganisationen müßten „entschlossen alle Irrtümer aus der atheistischen Propaganda ausmerzen“. Eine Beleidigung der Gläubigen und des Klerus könne nur zu einer Stärkung und Intensivierung der „religiösen Vorurteile“ unter der Bevölkerung führen. Die Mehrheit der Bevölkerung habe sich zwar seit langem von den „religiösen Überresten“ befreit, doch gehe es noch immer Bürger, die in religiösen „Irrtümern befangen“ seien.

*

Es ist in der sehr wandlungsfähigen sowjetischen Taktik nicht das erstmal, daß eine Milderung des antireligiösen Kampfes angeordnet wird. Während des Krieges war es Stalin selbst, der ein besseres Verhältnis zur Kirche anstrebte, um möglichst jede Beeinträchtigung des „vaterländischen Krieges“ auszuschalten.

Das geschah damals aus Not und nicht aus einer echten Neigung zur Toleranz. Ganz folgerichtig setzte dann mit der Behebung der Not auch der haßerfüllte Kampf gegen alles Religiöse wieder ein.

Der Erlaß des ersten Sekretärs der Kommunistischen Par-

tei der Sowjetunion, der eine Schonung der Gefühle der Gläubigen befiehlt, ist bis zum Gegenbeweis durch eine wirklich überzeugende Praxis der Toleranz wiederum aus nur taktischen Bedürfnissen entsprungen. Dieses Mal empfindet man in Moskau die Notwendigkeit einer schöneren „Optik“ des öffentlichen Lebens der Sowjetunion, und zwar im Hinblick auf die Erleichterung gewisser außenpolitischer Ziele.

Weder damals noch heute ist es ein Wille zur programmatischen Toleranz, der diese Wandlung bewirkt. Es geht nur darum, „rohe Mißgriffe“ und „beleidigende Angriffe“ der atheistischen Propaganda, die plötzlich als „Irrtümer“ bezeichnet werden, zu vermeiden. Das ist immerhin aufschlußreich für den terroristischen Zustand, der bisher bestanden hat und der nun — wieder auf Widerruf? — eine Milderung erfahren soll.

Das Wesentliche, das Grundsätzliche, das Bleibende ist jedoch, daß die antireligiöse Pro-

paganda, wie der Erlaß Chruschtschews ausdrücklich betont, fortgesetzt werden wird.

Man muß in diesem Zusammenhang an die sowjetische Verfassung erinnern, die in ihrem Artikel 124 bestimmt: „Die Freiheit der Ausübung religiöser Kulthandlungen und die Freiheit antireligiöser Propaganda werden allen Bürgern zuerkannt.“ Diese diabolische Bestimmung bedeutet, daß im allerengsten Raume der Kirche — und zwar auf das politische Risiko der Gläubigen — Gottesdienst möglich ist, daß aber die Straßen und Plätze und das ganze öffentliche Leben vom Staat und von der Partei mit antireligiöser Propaganda überschwemmt werden. Propaganda ist also nur gegen und nicht für das religiöse Bekenntnis erlaubt.

Wenn der Erlaß Chruschtschews zu einer Milderung der übelsten Ausschreitungen dieses propagandistischen Kampfes führen sollte, dann ist das gewiß zu begrüßen, falls die Taten den Worten entsprechen. Aber eine Wandlung, die es erlaubt, von religiöser Freiheit zu sprechen, ist das nicht.

70 000 Pädagogen flüchteten

Monatlich etwa hundert — Sie wollen nicht Funktionäre sein

Berlin (Eigenmeldung). Schätzungsweise 70 000 Pädagogen sind bisher aus der Sowjetzone in die Bundesrepublik geflüchtet. Nach den bei der Lehrervereinigung vorliegenden Informationen schwankt die Zahl der geflüchteten Lehrer zur Zeit pro Monat um hundert.

Nach der Verkündung des sogenannten „Neuen Kurses“ war der Flüchtlingsstrom vorübergehend abgeebbt, bis Ulbricht im März 1954 eine „Verordnung

zur Verbesserung der Arbeit der allgemeinbildenden Schulen“ herausgab. Darin heißt es u. a.: „Jeder Lehrer hat sich als Funktionär der Arbeiter- und Bauernmacht zu fühlen.“

Rund 60 bis 70 Prozent der geflüchteten Lehrer gehen in Westdeutschland wieder ihrem Beruf nach, wenn zunächst auch nicht immer unter günstigen materiellen Bedingungen. Von allen jetzt in der Bundesrepublik lebenden Lehrern aus Mitteleuropa hat Nordrhein-Westfalen mehr als die Hälfte aufgenommen.

Flak schießt auf Luftballons

Wien (AP). Seit etwa sechs Tagen schießt die Flak der sowjetischen Besatzungstruppen in Österreich auf die sogenannten „Freiheits-Ballons“, die vom Ausschuß „Freies Europa“ mit Flugblättern in ungarischer und tschechischer Sprache gestartet werden.

Wie aus Wiener Polizeil-

kreisen verlautet, schießen die Sowjets entlang der tschechischen Grenze und im Burgenland auf die Ballons. Die ungarische und die tschechoslowakische Regierung haben bereits mehrfach gegen die Ballonaktion protestiert und den Besitz derartiger Flugblätter unter Strafe gestellt.

Zugunglück

Berlin (DPA). Am Donnerstag vergangener Woche fuhr der D-Zug 36 Berlin—Leipzig um 18.20 Uhr auf der Station Pratau auf eine in Umsetzung befindliche Leerlok auf. Dabei entgleisten beide Lokomotiven, der Packwagen und ein Personenzug des D-Zuges. Zwölf Personen erlitten Verletzungen.

Liste 5 mit Engelszungen

Was die SED in Westberlin alles verspricht ...

In einem Wahlprogramm für die Wahlen in Westberlin hat die SED festgelegt, was sie tun würde, wenn man ihr die Macht in die Hände gäbe. Dort, wo die SED — durch einen raffiniert ausgebauten Apparat und die Besatzungsmacht gesichert — tatsächlich seit Jahren unumschränkte Macht besitzt, muß dieses Programm interessieren. Denn wo könnte man besser Propaganda und Realität vergleichen?

Zwanzig Punkte sind der Kern des SED-Programms.

1. Die SED ist gegen Militarismus und für absolute Abrüstung.

2. Die SED ist für gesamtdeutsche und Gesamtberliner Verteidigung sowie für die gemeinsame Vorbereitung freier Wahlen. — Ein Kommentar erübrigt sich hier wohl angesichts der kasernierten Volkspolizei und der „Volkswahl“ vom 17. Oktober.

3. Abzug aller Besatzungstruppen und Friedensvertrag: KVP bis Kleinmachnow, Sowjetarmee bis Frankfurt/Oder, US-Truppen über den großen Teich.

4. Verbot militaristischer Organisationen und Agentenzentralen. Betrifft anscheinend die „Gesellschaft für Sport und Technik“, SSD und die weitverzweigte Ostblockspionage.

5. Streichung der Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegsschulden. — Das findet man wörtlich im NSDAP - Wahlprogramm von 1932 wieder.

6. Überführung der Großbetriebe in die Hände des Volkes. — Dann arbeiten sie unrentabel, wie die SED jetzt selbst zugab.

In diesem Stil geht es weiter. Besonders interessant: Die SED

verspricht in vollen Tönen u. a. allen Westberlinern 15prozentige Lohnerhöhung! Und das im gleichen Augenblick, wo sie im eigenen Bereich für eine 12prozentige Lohnsenkung bzw. Normerhöhung kämpft! Umfassende Förderung des Wohnungsbaus, freier Ost-West-Handel und gemeinsames „Freizeit- und Erholungsprogramm“ Gesamtberlins werden vorgeschlagen. In der Zone hat die SED keine Mittel für den Wohnungsbau, für einen Ost-West-Handel hat sie nicht viel zu bieten, weil sie nicht einmal ihren Exportverpflichtungen an die Sowjetunion nachkommen

kann, und das kommunistische Freizeitprogramm ...

Die SED hat es leicht mit solchen Schwätzereien, weil sie nie in die Verlegenheit kommen wird, in Westberlin ihr „Können“ unter Beweis zu stellen. Vorerst genügt das Beispiel, das sie im eigenen Bereich geliefert hat. Man sollte die SED-Agitatoren, die in der Zone Normerhöhung fordern, oder die Werber der Volkspolizei mitunter auf das wohltnend zusammengelogene SED - Wahlprogramm in Westberlin hinweisen.

Wegen Unfähigkeit ...

Berlin (AP). Der bisherige Chef des Armeekorps Süd (Leipzig) der Kasernierten Volkspolizei der Sowjetzone, Generalmajor Kurt Vogel (SED), ist nach Mitteilung der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit wegen Unfähigkeit seines Postens entbunden worden. Nachfolger wurde Generalmajor Fritz Johné.

Sieben Jahre Zwangsarbeit wegen Prügelei

Wien (AP). Nach einem Bericht der polnischen Zeitung „Głos Olszynski“ hat ein polnisches Militärgericht in Allenstein (Olsztyn) kürzlich sechs Bauern zu Zwangsarbeitsstrafen von fünf bis sieben Jahren verurteilt, weil sie zwei kommunistische Funktionäre verprügelt hatten.

Nach dem Bericht waren die Bauern von den Funktionären zur Rede gestellt worden, „weil sie Felder bestellten, auf denen nicht gearbeitet werden sollte“. Als Antwort auf die Vorhaltungen schlugen die Bauern die Funktionäre so zusammen, daß

der eine mit schweren Verletzungen in ein Krankenhaus geschafft werden mußte.

Sprung in die Freiheit ...

Brunsbüttelkoog (DPA). Mit einem Sprung über die Bordwand flüchtete in der Kanalschleuse von Brunsbüttelkoog innerhalb von drei Tagen der zweite Sowjetzonen - Seemann von einem Sowjetzonen Schiff in die Freiheit.

Der 20 Jahre alte Fritz Stark wollte eigentlich mit gepacktem Koffer über die Gangway des Saßnitzer Fischkutters „SAS 242 Gregor J. Mendel“ an Land gehen. Der Steuermann versperrte ihm jedoch den Weg. Als Ausweg blieb ihm nur der Sprung über die Bordwand.

KP-Antrag zurückgewiesen

Karlsruhe (DPA). Das Bundesverfassungsgericht hat den Antrag der KP zurückgewiesen, das von der Bundesregierung im November 1951 beantragte Verfahren auf Verbot der Kommunistischen Partei und ihrer Gliederungen einzustellen. Die Verhandlung findet, wie vorgesehen, am 23. November statt,



GEGRÜNDET 1890 ALS POTSDAMER INTELLIGENZBLATT
L. H. B. 1945
Verlag

VERLAG A. W. HAYN'S ERBEN · SPEYER AM RHEIN
Spreystr. 44
D-1000 Berlin 90

Unter dieser Kopfleiste ist jetzt ein traditionsreiches Publikations-Organ wieder erschienen, allerdings nicht in Potsdam, sondern — der besonderen Verhältnisse wegen — im Verlag A. W. Hayn's Erben in Speyer am Rhein. Als Herausgeber zeichnet Waldemar Gerber, als Chefredakteur Dr. Maximilian Stein. In ihrer

ersten Nummer wendet sich die vorerst noch vierzehntägig erscheinende, aber gut redigierte Zeitung an die Freunde Potsdams in aller Welt. Verlag und Redaktion drücken im Hauptartikel die Hoffnung aus, daß die „Potsdamer Tageszeitung“ in absehbarer Zukunft wieder ein Blatt in der alten Heimatstadt Potsdam werden möge.

Schottland baut auf

Erstes britisches Atomwerk - Konjunktur über den Highlands

Seit Kriegsende liegt Schottland im Bereich eines Wirtschaftshochs, das in das Armenhaus der britischen Insel die Sonne einer Konjunktur von unerwartetem Ausmaß scheinen läßt. Mehr als 1100 neue Fabriken wurden errichtet. Über vierzig Prozent der englischen Handelsflotte laufen auf schottischen Werften vom Stapel. Obwohl nur jeder zehnte Brite in Schottland lebt, ist das Volk der Pikten und Scoten heute der bedeutendste Industrieproduzent der Insel.

Die Ausnutzung der zahlreichen Wasserkräfte hat die Ansiedlung neuer Industrien wesentlich begünstigt. Überall zwischen den Bergen entstehen Staudämme und riesige Kraftwerke, in deren Turbinen fünfmal so viel Energie gewonnen

weiteren 16 000 Menschen Arbeit geben und das jährliche Nationaleinkommen nach deutschem Geld um 33 Millionen Mark erhöhen.

Die Schotten sind weit voraus kalkulierende Geschäftsleute. Sie haben ein langjähriges Programm zur Steigerung der Kohlenförderung entworfen, einen Fünfzigjahresplan zur Wiederaufforstung der Highlands und ein 84-Millionen-Mark-Projekt zur landwirtschaftlichen Erschließung ungenutzter Bodenflächen. Die fortschrittlichen Schotten werden auch das erste Atomkraftwerk Großbritanniens bauen, und zwar in Dounreay, hoch im Nordosten des Landes.

Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzutellen.

wird wie vor dem Kriege. Siebzehn hydroelektrische Stationen wurden im letzten Jahrzehnt errichtet, weitere vierundzwanzig Werke befinden sich im Bau. Heute bereits spart die schottische Wirtschaft durch Wasserkraft jährlich 620 000 Tonnen Kohlen.

Zur weiteren Energiegewinnung wird in Altnabreac ein Torfkraftwerk errichtet. Schottischen Ingenieuren ist es nämlich gelungen, die erste Torfgasturbine der Welt zu konstruieren, und die Torflager in den Hochmooren entsprechen etwa dem Energiewert von 500 Millionen Tonnen Kohle. Man rechnet damit, daß über 20 000 Personen in diesem Industriezweig Arbeit für ein Jahrhundert finden können. Nach dem Abbau der Torflager werden diese Flächen der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung stehen,

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr, Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Keine Achse

Bayreuth - Friedrichstraße

Eine „Achse Bayreuth-Friedrichstraße“ besteht nicht. Diese Erklärung gaben der Generalintendant der württembergischen Staatstheater Dr. Walter-Erich Schäfer und Wieland Wagner ab. Sie bestritten damit in vollem Umfang eine Meldung, nach der Wieland Wagner die Regie des „Fidelio“ für die Ostberliner Staatsoper übernommen habe, während die musikalische Leitung Ferdinand Leitner aus Stuttgart übertragen sei.

2700 Fernseh-Teilnehmer

Die Zahl der Westberliner Fernseh - Rundfunkteilnehmer hat sich im November gegenüber dem Vormonat um rund 400 auf 2739 erhöht, an Rundfunkapparaten sind zur Zeit 736 419 angemeldet.

Hilfsaktion aus Denver

Als bezeichnendes Beispiel guten Willens trafen kürzlich 300 Pfund Bekleidung, die zu Weihnachten an bedürftige Studenten der Sowjetzone verteilt werden sollen, in Berlin ein. Dies gab die Abteilung für gesamtdeutsche Studentenangelegenheiten der nationalen Studenten-Vereinigung bekannt.

Die Hilfsaktion für Studenten der Sowjetzone, veranlaßt von Mrs. Edith Lefebvre in Denver, löste eine Kettenreaktion von Unterstützungsprojekten unter den Amerikanern sowohl in den USA als auch in Deutschland aus.

100 Deutsche in Hirschberg

Noch etwa 100 Deutsche, die sich ein besonders reges kirch-

liches Leben erhalten haben, leben in der schlesischen Stadt Hirschberg, teilte der „Göttinger Arbeitskreis“ ostdeutscher Wissenschaftler mit.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 92 02 31. Druck: W. Büxenstein, GmbH.